

Umstritten, aber unverzichtbar

Viele Gründe sprechen für eine Kopfpauschale in der GKV

Nicht finanzierbar, ungerecht und mit zusätzlicher Bürokratie verbunden: Die Kopfpauschale wird heftig kritisiert. Dabei spricht vieles für einen einkommensunabhängigen Krankenkassenbeitrag mit sozialem Ausgleich.

Die schwarz-gelbe Koalition führt derzeit ein seltsames gesundheitspolitisches Theater auf. Protagonisten des Schauspiels sind auf der einen Seite Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler und auf der anderen Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer sowie sein Gesundheitsminister Markus Söder. Heimlicher „Held“ der Posse ist jedoch die Kopfpauschale. An ihr reiben sich die Beteiligten. Rösler, die FDP und der Großteil der CDU scheuen den Begriff „Kopfpauschale“ und sprechen lieber von „einkommensunabhängigem Krankenkassenbeitrag mit sozialem Ausgleich“ oder von der „Gesundheitsprämie“. Sie sehen in ihr eine Möglichkeit, um das Gesundheitswesen zukunftssicher zu machen und die Arbeitskosten von der demografischen Entwicklung zu trennen.

Die Gegenspieler von Rösler & Co. hingegen sind eine bunte Truppe. Da ist zunächst – wenig erstaunlich – die SPD: Die angeschlagene Volkspartei will die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auch zu einer Abstimmung über die Kopfpauschale umfunktionieren und hat eine Unterschriftenaktion gestartet, in der sie anprangert, die Pauschale zerstöre das Solidarprinzip und sei sozial ungerecht, da der Manager genauso viel für seine Versicherung bezahle wie seine Sekretärin.

Mit ähnlichen Worten lehnen Seehofer und Söder die Kopfpauschale ab. Bayerns Ministerpräsident schloss die Umstellung der Kassenbeiträge auf eine Kopfpauschale kategorisch aus: „Das wird es mit mir nicht geben.“ Damit distanziert sich die CSU zwar vom Koalitionsvertrag, in dem es heißt: „Langfristig soll das bestehende System in eine Ordnung überführt werden mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden.“ Doch Markus Söder relativiert den Wert dieser Festlegung: „Ein Koalitionsvertrag ist nicht mit den



Fotos: Bayerisches Gesundheitsministerium und philipp-roesler.de

Die Protagonisten im Streit um die Kopfpauschale: Markus Söder und Philipp Rösler

zehn Geboten zu vergleichen.“ Die Regierungskommission, die die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umsetzen soll, ist für Söder deshalb zum Scheitern verurteilt: „Die Arbeit der Kommission ist so gut wie erledigt, bevor sie angefangen hat.“

Sozialausgleich zielgenauer

Doch ist die Kritik gerechtfertigt? Ist die Kopfpauschale tatsächlich unsozialer als das bisherige Krankenversicherungssystem? Nein, wie ein Blick in andere Versicherungssysteme zeigt: Zwar werden auch die Renten- und die Arbeitslosenversicherung durch einkommensabhängige Beiträge finanziert. Bei diesen bekommt jedoch derjenige mehr heraus, der zuvor mehr eingezahlt hat. Arbeitnehmer mit hohem Einkommen erhalten höhere Summen als Geringverdiener – ein Prinzip, das niemand als unsozial bezeichnet.

Auch bei privaten Versicherungen richtet sich der Leistungsanspruch nach den eingezahlten Beiträgen. Ein Manager muss für eine Haftpflichtpolice auch nicht mehr zahlen als seine Sekretärin. Wieso wird das von den Gegnern der Kopfpauschale nicht als ungerecht geißelt?

Die Kosten für eine Blinddarm-OP oder eine endodontische Behandlung sind unabhängig vom Einkommen des Patienten. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn der Manager und seine Sekretärin (oder der Freiberufler und seine Angestellte) dafür auch das Gleiche zahlen – zunächst einmal. Denn der Sozialausgleich über Steuern sorgt dafür, dass Besserverdiener trotzdem mehr ins System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzahlen als Geringverdiener. Zur Erinnerung: Die 20 Prozent der Bevölkerung, die am meisten Steuern zahlen, tragen rund zwei Drittel des Steueraufkommens. Zielgenauer wäre dieser Ausgleich obendrein, da er nicht nur die Lohnsteuer, sondern auch andere Einkommensarten berücksichtigen würde.

Aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze zahlt jedes GKV-Mitglied pro Jahr maximal 3.555 Euro in die GKV ein – unabhängig davon, über welche Einkünfte er neben seiner Erwerbsarbeit noch verfügt und wie viele Familienangehörige mitversichert sind. Die GKV ist deshalb vor allem für Gutverdiener mit Kindern attraktiv. Das hat zur Folge, dass derzeit ein Alleinverdiener mit Top-Gehalt für die Versicherung seiner Angehörigen weniger zahlt als ein Doppelverdiener-Ehepaar mit Durchschnittseinkommen. Bei der Kopfpauschale wird hingegen jedes Familienmitglied miteinbezogen, Bemessungsgrundlage des Steuerausgleichs sind die gesamten Einnahmen eines Haushalts.

Außerdem bringt eine Pauschale ans Licht, was die Gesundheit jeden im Schnitt kostet – und welche finanzielle Hilfe nötig ist, damit alle ausreichend versorgt werden. Wer eine solche Prämie ablehnt, setzt sich dem Verdacht aus, dass er diese Klarheit nicht will und die Bürger lieber im Dunkeln über das Ausmaß der Umverteilung im bisherigen Sozialausgleich halten will.

Entlastung durch Beitragssenkungen

Unterstützung erfährt der Bundesgesundheitsminister aus der Wissenschaft. Dr. Günter Neubauer vom Institut für Gesundheitsökonomik erklärte beim bayerischen BKK-Tag, an einer stufenweisen Einführung einer Gesundheitsprämie führe unter ökonomischen Gesichtspunkten kein Weg vorbei. Das jetzige System sei keineswegs so solidarisch, wie dies manche Politiker glauben machen wollten. Schließlich werde ein Großteil der Einkünfte, unter anderem wegen der Beitragsbemessungsgrenze, bislang überhaupt nicht zur Finanzierung der GKV herangezogen. Der soziale Ausgleich

müsse deshalb über das Steuersystem erfolgen. Das sei wesentlich gerechter. Auch der ansonsten eher gewerkschaftsnahe Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger spricht sich für die Gesundheitsprämie aus: „Sie sorgt dafür, dass die Umverteilung da ist, wo sie hingehört, nämlich ins Steuersystem.“

Aber wie sieht es mit der Finanzierbarkeit der Kopfpauschale aus? Nach Berechnungen der CSU würde die Kopfpauschale pro Kassenmitglied 145 Euro betragen und mache einen Sozialausgleich aus Steuermitteln im Umfang von 21 Milliarden Euro nötig. Die Zahlen seien „verifiziert und belastbar“, sagte Seehofer der „Süddeutschen Zeitung“. Sie belegten, dass die Pauschale nicht nur ungerecht, sondern auch sehr teuer sei. Ihre Einführung könne er sich deshalb „beim besten Willen nicht vorstellen“.

Professor Neubauer widerspricht: Von einer Mehrbelastung in Milliardenhöhe könne keine Rede sein, da die Versicherten ja durch Beitragssenkungen in gleicher Höhe entlastet würden. Die Kopfpauschale habe überdies einen weiteren Vorteil: Ein Beitrag in Euro und Cent wecke bei den Patienten automatisch mehr Kostenbewusstsein. „Diejenigen, die einen staatlichen Zuschuss bekommen und dadurch von der Solidargemeinschaft profitieren, wissen das dann wenigstens“, so Neubauer.

Kein Bürokratiemonster

Auch der Vorwurf, die Kopfpauschale verursache wegen des komplizierten Sozialausgleichs enorme zusätzliche Bürokratie, lässt sich leicht entkräften: Wer von dem monatlichen Beitrag nur einen Teil selbst tragen kann, müsste dies einer zentralen Stelle melden, die direkt beim Bundesversicherungsamt angesiedelt ist. Diese würde dem Versicherten dann einfach das fehlende Geld erlassen.

Fazit: Durch die Kopfpauschale würde kein Bedürftiger schlechter gestellt. Und die GKV-Finanzierung könnte dadurch gerechter werden. Bei sachlicher Betrachtung ist die Pauschale nicht das Schreckgespenst, als das sie immer wieder dargestellt wird. Auch ein Blick über die Grenzen kann hilfreich sein: In der Schweiz funktioniert der Sozialausgleich über das Steuersystem seit vielen Jahren reibungslos. Das Theaterstück, das CSU und FDP derzeit aufführen, könnte also „Viel Lärm um nichts“ heißen.